



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Unterstützung der Initiative der Städte Budapest, Prag, Warschau sowie Bratislava zur „European Urban Initiative“

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt die Initiative der Städte Budapest, Prag, Warschau sowie Bratislava, die unmittelbare Förderung von Städten und Kommunen durch die Europäische Union auszubauen.

Insbesondere die Finanzierung der europäischen Städteinitiative (European Urban Initiative) innerhalb des Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) soll auf bis zu 2 Mrd. Euro erhöht werden. Der EFRE soll insgesamt stärker am Ziel der nachhaltigen Entwicklung von Städten und Kommunen ausgerichtet werden.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und Europaebene bei den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen entsprechend einzusetzen.

Begründung:

Städte und Kommunen sind der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung der Europäischen Union. Sie bieten den Bürgerinnen und Bürgern zentrale Dienstleistungen und Infrastrukturen an, die für eine sozial-ökologische Transformation angepasst werden müssen. Mit einer stärkeren unmittelbaren Förderung der Städte und Kommunen wird einerseits deren Bedeutung für die Entwicklung der Europäischen Union betont, andererseits wird auf diese Weise sichergestellt, dass sich Städte und Kommunen auch unabhängig von der Einstellung der nationalen Regierungen selbstbestimmt in Richtung der europäischen Ziele entwickeln können. Letzteres ist vor allem wichtig, da in der jüngeren Vergangenheit in einigen Mitgliedstaaten, wie z. B. Ungarn, immer wieder Schritte unternommen wurden, um die Gestaltungsmöglichkeiten regionaler und kommunaler Gebietskörperschaften einzuschränken. Beispielsweise wurden den Kommunen in Ungarn wichtige Möglichkeiten zur Eigenfinanzierung, wie die Erhebung von Parkgebühren, entzogen und die Beteiligung an der KfZ-Steuer gestrichen. Die Regierung Orban hat unverhohlen damit gedroht, den oppositionell geführten Kommunen staatliche Haushaltsmittel zu streichen.